

DIE VOLKSGRUPPE

Viktor Krieger

Verweigerung, Protest und Widerstand der Russlanddeutschen im Sowjetstaat (Teil 6)

In der Verbannung unter dem Sonderregime

Fortsetzung von VadW 2-6/2007

Der in der Wolgarepublik bekannt gemachte Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 erschütterte die Deutschen zutiefst und rief Fassungslosigkeit und Empörung hervor, dennoch kam es zu keiner offenen Auflehnung. Auch in anderen Regionen verliefen die Zwangsaussiedlungen weitgehend reibungslos.

Der Geheimdienst fixierte folgende Aussagen von Betroffenen: "Wovon der Zarismus geträumt hat – die Deutschen nach Sibirien zu verbannen –, wird jetzt verwirklicht." "Das war zu erwarten gewesen. Hitler beginnt Russland immer mehr in die Enge zu treiben, bald werden die deutschen Heere bis nach Stalingrad und Engels vorstoßen, deshalb fährt man uns raus." In der Stadt und im Gebiet Moskau versuchten vier Personen nach der Bekanntgabe des Aussiedlungsbefehls Selbstmord zu begehen. Ein Ehepaar nahm sich das Leben, weil die Frau wegen Krankheit nicht wegziehen konnte.

Eine derartige Verleumdung und Erniedrigung ungeachtet individueller "Ver-

dienste" nach 1917 wirkte besonders enttäuschend auf die Partei- und Komsomolmitglieder, auf deutsche Funktionäre und größere Teile der "neuen" Intelligenz. Schmerzliche Desillusionierung trieb einige Führungskräfte trotz Parteidisziplin zu originellen Protestaktionen: Der Regierungschef der Wolgadeutschen Republik, Alexander Heckmann, der noch einige Wochen zuvor das "glückliche und wohlhabende" Leben seiner Landsleute als gleichberechtigte Nation im "Bruderbunde der Sowjetvölker" gepriesen hatte, fuhr vor der Abreise mit seinem Personenwagen auf den Stadtmarkt in Engels. Dort begann er "demonstrativ" Hausratsgegenstände und Kleidungsstücke anzubieten. "Sogar den Ministerpräsidenten haben sie gezwungen, private Sachen auf dem Basar zu verkaufen", soll Heckmann dabei gesagt haben. Für diese "antisowjetische" Handlung schloss man ihn umgehend aus der Partei aus.

In der Stadt Naltschik, der Metropole der nordkaukasischen Republik Kabardino-Balkarien, wandte sich der Deutsche Heller, ein Kandidat der Partei, bei der Bekanntmachung der Aussiedlung zum Sek-

retär der Stadtparteikommittees und schleuderte ihm seinen Kandidatenausweis entgegen mit den Worten: "Wieso demütigen sie uns und vernichten ehrliche Leute? Ich fahre nicht, soll man mich doch erschießen." Aber selbst verbaler Ungehorsam war eine Ausnahme; die überwältigende Mehrheit der Deutschen fügte sich widerstandslos ihrem Schicksal. In Verbannungsorten kämpften kinderreiche deutsche Familien um das nackte Überleben; jedes widersetzliche Auftreten oder sogar verbale Unzufriedenheit wurden von den Sicherheitsorganen brutal unterdrückt. Erst das Kriegsende führte in einem gewissen Grade zur Milderung der staatlichen Repressionen und zu einer merklichen Verbesserung der Lebensbedingungen; gleichzeitig keimten verschiedene Formen der Verweigerung und Resistenz auf.

Protestbriefe

Eine der noch wenig erforschten Formen des individuellen Protestes der Deutschen gegen ihren Status als Personen minderen Rechts waren zahlreiche Briefe an die Machtorgane unterschiedlicher Ebenen, an verschiedene Presseorgane, vor allem aber an herausragende Regimevertreter. Das waren beileibe keine untertänigen Bittschriften, vielmehr handelte es sich dabei um eine offene Kritik des inakzeptablen Verhaltens der lokalen Partei- und Sowjetstellen sowie der Bevölkerung und um eine Auflistung der zahlreichen, am eigenen Leibe erfahrenen Verstöße gegen das geltende Recht. Man schreckte nicht davor zurück, die Parteiführung an die verfassungsmäßigen Grundsätze des sozialistischen Staates zu erinnern, fragte nach Ursachen einer solchen Politik und forderte die sofortige Gleichstellung mit anderen Sowjetvölkern. Die Verfasser dieser Schreiben zeichnete persönlicher Mut aus, weil derartige Vorwürfe ohne weiteres als antisowjetische Agitation und Propaganda denunziert werden konnten, mit allen dazu gehörigen Konsequenzen.

So schrieb Eduard Likay aus Nischni Tagil im Juli 1946 an Stalin über die Het-



7. November 1949: Junge Gläubige aus Orenburg.

Quelle: Zeitschrift "Aquila", 1/2005.

DIE VOLKSGRUPPE

ze gegen deutsche Arbeiter, über den Druck auf russische Frauen, sich von ihren deutschen Ehemännern zu trennen, über Schlägereien mit Frontsoldaten und die dazu anstiftende örtliche Verwaltung. Er schloss den Brief mit dem Vorschlag: "Es wäre an der Zeit, dass man diese Vorgesetzten auswechselt, die sich während des Krieges hier im Hinterland maskierten, sich hier bereicherten und jetzt sagen: 'Wir haben gegen die Deutschen gekämpft'."

Eine wesentlich tiefgreifendere Kritik erlaubte sich Viktor Schneider, der aus seinem Verbannungsort im Gebiet Molotow (heute Perm) mehrere Briefe an führende sowjetische Funktionäre und Abgeordnete geschrieben hatte. Da er von ihnen keine Antwort bekam, wandte er sich schließlich im Juni 1951 direkt an Stalin und schickte eine Kopie des Schreibens an die Zeitung "Prawda". Darin ging Schneider mit der sowjetischen Nationalitätenpolitik scharf ins Gericht und warf eine Reihe prinzipieller Fragen auf:

"1. Warum wurde über unsere Nationalität eine militarisierte Kommandantur verhängt? ... 3. Wieso ist mir, einem Sowjetdeutschen, die Übersiedlung in eine andere Unionsrepublik oder ein Gebiet verboten, weshalb bin ich schlechter als ein anderer Bürger? 4. Ist das Kapitel X, Art. 123 der Verfassung der UdSSR noch gültig oder nicht und wenn ja, wieso hat unsere Nationalität keine autonome nationale Republik..., sie wurde von der Karte getilgt, ist das gerecht? Man kann sie von der Karte tilgen, aber die Menschen sind noch da und werden auch da sein, man muss sie anerkennen und ihnen Gleichberechtigung mit anderen Nationalitäten gewähren... 6. Die DDR wird von unserem Staat anerkannt, und es ist richtig so, aber unser deutsches Volk nicht, wie ist das zu erklären? 7. Wenn unter der ehemaligen Führung der Deutschen Republik Volksfeinde saßen, die angeblich eine Verschwörung mit Hitler eingingen, heißt das doch nicht, dass deswegen das fünfmillionengroße Volk büßen soll."

Dieses Schreiben wurde Georgij Malenkow am 18. November überreicht. Leider wissen wir weder über die Reaktion dieses Politbüro-Mitglieds noch über das weitere Schicksal dieses Wolgadeutschen Bescheid.

Eine historische Kuriosität stellt indes ein anonymes Brief eines deutschen Sondersiedlers an Lawrenti Berija dar, in dem in drastischen Tönen die verlogene Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion gegeißelt und die unerträgliche Lage der Deportierten geschildert wurde. Der gewiefte MWD-Chef ergriff nach Stalins Tod jede Gelegenheit, um sich als Reform-



1950er Jahre: Gläubige vor der Versammlung in Perwomajski, Gebiet Aktjubinsk.

Quelle: Johann Schneider

zu profilieren. Der Brief wurde vervielfältigt und am 27. Mai 1953 an alle Politbüro-Mitglieder mit dem persönlichen Vermerk Berijas über die "Wichtigkeit der Sondersiedler-Frage" und seine Vorschläge hierzu verschickt. Seine kurz darauf erfolgte Verhaftung und anschließend die Erschießung legten bis auf weiteres ernsthafte Änderungen im Gulag-System auf Eis.

Religiöse Bewegung

Die verstärkte Hinwendung zu religiösen Werten war ein sichtbarer Ausdruck der weit verbreiteten Unzufriedenheit der deutschen Minderheit mit der politischen Entrechtung und gesellschaftlichen Ächtung. Nach der allmählichen Normalisierung des alltäglichen Lebens und der angebahnten Familienzusammenführung mit den aus den Arbeitslagern entlassenen Angehörigen, kam es allorts zur Gründung geheimer Gebetskreise und religiöser Gruppen, die etwa ab 1947 unter verstärkter Beobachtung der Organe der Staatssicherheit MGB und des Rates für Religionsangelegenheit standen.

Auf eine offizielle Registrierung konnten die Sondersiedler nicht hoffen; vereinzelnde Gesuche wie beispielsweise in Kirgisien im Jahre 1947 lehnten die Behörden schroff ab. Aber auch vielen Gläubigen war jeglicher Kontakt zu staatlichen Stellen suspekt, weil sie nicht unbegründet die starke Einmischung und Reglementierung des Gemeindelebens fürchteten.

In der stark deutschfeindlichen Stimmung der Gesellschaft, die in der Nach-

kriegszeit herrschte, boten die Glaubensgemeinschaften den einzigen Ort der Geborgenheit nicht nur für religiöse Menschen, sondern auch für solche, die vorher in Bekenntnisfragen eher indifferent gewesen waren. Als Gemeindemitglied trotzte man bewusst sowjetischer Ideologie, kommunistischer Moral, atheistischer Erziehung, sprachlicher Russifizierung und rücksichtsloser Assimilierung.

Die Ablehnung der als feindlich, gottlos und insgesamt amoralisch gesehenen Umwelt ging bisweilen soweit, dass einige Eltern ihren Kindern den Besuch der Schule und des Kinos sowie das Lesen von "weltlichen" Büchern verboten. Allerdings konnten sie unter dem staatlichen Bildungsmonopol keinen vergleichbaren Ersatz bieten, und so wurde manch einem begabten Jugendlichen die weitere Ausbildung verbaut.

In den Jahren 1951-52 erschütterte eine Welle strafrechtlicher Verfolgungen die erst vor kurzem entstandenen Gebets- und Brüderkreise; es folgten Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Musterprozesse in Kirgisien (unter anderem Gerichtsverhandlung im Mai 1951 gegen 14 Mennoniten aus Leninpol), in den Gebieten Omsk (unter anderem Gerichtsverfahren gegen acht Glaubensbrüder im Februar 1952), Swerdlowsk (Verurteilung der Mitglieder dreier mennonitischer Gemeinden), Karaganda usw., die das jeweilige organisierte Gemeindeleben paralyisierten. Zu einer großen "Erweckungszeit" kam es erst nach dem Tod des Diktators und der Aufhebung der Kommandanturaufsicht 1955.